

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Finanzen	Datum 02.10.2003
	Schriftführer Rolf Büchel
	Telefon-Nr. 02202/142607
Niederschrift	
Finanz- und Liegenschaftsausschuss	Sitzung am Donnerstag, 25.09.2003
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 18:42 Uhr
	Unterbrechungen: keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	
<p>A <u>Öffentlicher Teil</u></p> <p>1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit</p> <p>2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 03.07.2003 (Öffentlicher Teil)</p> <p>3. Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 03.07.2003 gefassten Beschlüsse (Öffentlicher Teil) 427/2003</p> <p>4. Mitteilung des Vorsitzenden</p> <p>5. Mitteilung der Bürgermeisterin</p> <p>6. Änderung der Zuständigkeitsordnung - hier: Änderung der Schwellenwerte für die Zuständigkeit des Vergabeausschusses 397/2003</p> <p>7. Änderung der Nutzung des Ratskellers Bensberg 450/2003</p>	

8. **Zwischenbericht 2003 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**
467/2003
9. **Weiterführung der Fassadensanierung der Villa Zanders**
516/2003
10. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2003**
515/2003
11. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 03.07.2003 (Nichtöffentlicher Teil)**
2. **Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 03.07.2003 gefassten Beschlüsse (Nichtöffentlicher Teil)**
428/2003
3. **Mitteilung des Vorsitzenden**
4. **Mitteilung der Bürgermeisterin**
- 5.-8. **Grundstücksangelegenheiten**
465/2003, 466/2003, 481/2003 und 488/2003
9. **Cross-Border-Leasing (CBL) Abwasserwerk**
Zustimmung zur Transaktionsbeschreibung und abschließender Verhandlungsauftrag
508/2003
10. **Übernahme einer Bürgschaft für die Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH**
509/2003
11. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Der Ausschussvorsitzende, Herr Freese, eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Liegenschaftsausschusses fest.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 03.07.2003 (Öffentlicher Teil)

@->

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 03.07.2003 gefassten Beschlüsse (Öffentlicher Teil)

@->

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4 Mitteilung des Vorsitzenden

@->

Herr Freese entschuldigt sein Fehlen in der letzten Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses und bedankt sich bei Herrn Haasbach für die kurzfristige Übernahme des Ausschussvorsitzes.

<-@

5 Mitteilung der Bürgermeisterin

@->

Anknüpfend an die Ausführungen in der letzten Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses teilt Herr Kotulla zur derzeitigen finanziellen Situation der Stadt Bergisch Gladbach mit, dass es immer noch ca. 1 Mio. € Wenigereinnahmen gegenüber dem Haushaltsansatz bei der Gewerbesteuer gibt. Weiterhin entstehen bei der Sozialhilfe erhebliche Mehrausgaben (im günstigsten Fall in Höhe von 2.5 Mio. € und im ungünstigsten Fall in Höhe von 3.5 – 4.0 Mio. €). Diese Situation hat sich auf Grund des erfolgreich verlaufenden Bürgerentscheids zum Cross-Border-Leasing vom vergangenen Sonntag weiterhin dramatisch verschlechtert. Hier ist mit eingepplanten Einnahmeausfällen in Höhe von 7.0 Mio. € zu rechnen. Zurzeit werde versucht, dieser negativen Entwicklung entgegenzusteuern. Aus diesem Grund hat er als erstes eine Haushaltssperre erlassen.

Weiterhin teilt er mit, dass für das Jahr 2004 aufgrund einer Kreditierung eines Fehlbetrages aus dem letzten Jahr die Schlüsselzuweisungen um über 7 % zurückgehen.

Weiterhin wird der Innenminister erstmalig aufgrund fehlender Prognosen keine Orientierungsdaten herausgeben. Außerdem ist noch völlig unklar, wie sich die Gemeindefinanzreform darstellt. Nach derzeitiger allgemeiner Meinung ist man der Auffassung, dass die Kommunen hierdurch in Zukunft weniger, anstatt mehr zur Verfügung haben.

Herr Martmann informiert den Ausschuss darüber, dass die Gemeindeordnung dahingehend geändert wurde, dass nunmehr keine Ausnahmegenehmigung mehr zur Führung des Liegenschaftsbetriebes erforderlich ist.

6 <-@
Änderung der Zuständigkeitsordnung
- hier: Änderung der Schwellenwerte für die Zuständigkeit des Vergabeausschusses

@->

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag: <-@

@->

Der II. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

7 **Änderung der Nutzung des Ratskellers Bensberg**

@->

Herr Ziffus erinnert an den Vorschlag aus der Leitbilddiskussion für das Stadtbild Bensberg, wonach eine Fußgängerachse zwischen dem Schloss über den alten Markt bis zum östlichen Ausgang der Fußgängerzone (ehemaliges Progymnasium) ange-dacht ist. Er fragt, ob dann die anderweitige Nutzung des Ratskellers wieder rückgängig gemacht werden kann, wenn dies irgendwann realisiert werden sollte.

Herr Dr. Fischer sieht aus Gründen der hohen Kosten keine Notwendigkeit der Verlagerung des Bürgerbüros. Außerdem möchte er wissen, ob die Polizeidienststelle in den ehemaligen Ratskeller verlagert werden kann, da seiner Meinung nach dort keine Fenster vorhanden sind.

Herr Dr. Kassner stellt zunächst fest, dass es heute nicht darum geht, wie der Ratskeller zukünftig genutzt werden soll, sondern lediglich um die Aufgabe der gastronomischen Nutzung. Für ihn stellt sich aber die Frage, wieso mehr Arbeitsräume benötigt werden, obwohl doch Personal abgebaut werden soll.

Frau Schöttler-Fuchs möchte wissen, wofür die 16.000 € Umbaukosten benötigt werden.

Herr Martmann antwortet auf diese Fragen, dass es heute lediglich darum geht, unwirtschaftlich zu Archivzwecken genutzten Büroraum für Büro Zwecke zu nutzen. Die Polizeibezirksstelle soll in Räume untergebracht werden, wo normales Tageslicht vorhanden ist. Er macht deutlich, dass derzeit noch kein Personal in erheblichem Maße abgebaut wurde. Zurzeit besteht eine außerordentlich schlechte Pro-Kopf-Versorgung pro m² mit Raum. Die 16.000 € werden für Arbeiten an der Elektrik und

der Heizungsanlage benötigt. Diese Kosten stehen in keinem Verhältnis zu den Investitionen, die für eine gastronomische Nutzung gemacht werden müssten und den daraus zu erzielenden geringen Einnahmen.

Zur Frage von Herrn Dr. Kassner ergänzt Herr Kotulla, dass derzeit auch noch Büroräume angemietet sind. Diese Anmietungen sollen verringert werden. Bezüglich des Bürgerbüros in Bensberg erklärt Herr Kotulla, dass dieses Bürgerbüro unterdurchschnittlich angenommen wird. Dies wird u. a. mit der Lage begründet. Daher wird versucht, diese zentraler in der Fußgängerzone unterzubringen.

Herr Haasbach wünscht für eine der nächsten Sitzungen eine Auflistung der durch die Stadt und deren Eigenbetriebe angemieteten Flächen.

Eine entsprechende Mitteilungsvorlage wird von der Verwaltung zugesichert.

Sodann wird über den Beschlussvorschlag wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss: <-@

@->

Die gastronomische Nutzung des Ratskellers wird aufgegeben.

<-@

8 **Zwischenbericht 2003 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**

@->

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

9 **Weiterführung der Fassadensanierung der Villa Zanders**

@->

Herr Waldschmidt beantragt eine Vertagung dieses Tagesordnungspunktes, da zuerst ein Gesamtkonzept für alle städtischen Liegenschaften erstellt werden sollte.

Frau Schu möchte wissen, mit welchen Kosten bei einem Abbau und späteren wieder Aufbauen des Gerüsts zu rechnen ist.

Herr Dr. Fischer fragt, ob durch das Reinigen der Fassade im Innenbereich des Gebäudes Wasser eingetreten ist und wer für den Wasserschaden aufkommt, und ob es Ergebnisse aus dem I. BA gibt, um evtl. im II. BA Einsparungen zu erzielen.

Frau Müller-Veit erklärt, dass bei einer Vertagung keine Zuschüsse gezahlt werden. Mit erheblich erhöhten Kosten ist bei einem Auf- und Abbau des Gerüsts nicht zu rechnen, da es sich bei dem II. BA um andere Fassaden handelt. Lediglich die Kosten für eine Baustelleneinrichtung würden doppelt anfallen. Weiterhin gibt sie zu bedenken, dass im Winter die Maßnahme nicht durchgeführt werden kann. Mit möglichen Ersparnissen aus den Erkenntnissen des I. BA ist nicht zu rechnen.

Der eingetretene Wasserschaden wird von der ausführenden Firma erstattet.

Aufgrund der Ausführungen von Frau Müller-Veit zieht Herr Waldschmidt seinen

Vertagungsantrag zurück.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss: <-@

@->

Einer Weiterführung der Fassadensanierung der Villa Zanders wird zugestimmt. Der Sperrvermerk im Vermögensplan 2002 über den Teilansatz in Höhe von 250.000,00 € wird aufgehoben.

10 Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2003

@->

Nachdem Herr Muth einige Erläuterungen zu den Mehrkosten bei der Hst. 010 679 20 -Verrechnung von Musterprodukten- und der Bst. 5 000 655 08 - Sachverständigen-, Gerichts- u. ä. Kosten (SN Sachausgaben)- gegeben hat, wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

11 Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Herr Dr. Kassner:

1. In der Vergangenheit ist es üblich gewesen, dass die städtischen Kulturbetriebe bereits Verträge für die Zukunft gemacht haben. Ist die Verwaltung darüber informiert, ob es da bereits Festlegungen gibt, die uns finanziell binden, oder kann man so steuern, dass für das Jahr 2005 noch keine Verträge gemacht werden?
2. Es gab ein Stadtfest und dessen Organisation lag laut Vertrag bei einem Veranstaltungsbüro. War in diesem Vertrag eigentlich auch vorgesehen, dass öffentliche Toiletten, welche beim Stadtfest gefehlt haben, bereitgestellt werden müssen? Wie wird dies zukünftig geregelt?

Herr Ziffus:

1. Wie erklärt sich der Kämmerer, dass die Gemeinde Odenthal in 2003 den Hebesatz der Grundsteuer um 90 Prozentpunkte angehoben hat und nun über dem in Bergisch Gladbach liegt?
2. 2002 lag Bergisch Gladbach mit seinem Hebesatz der Grundsteuer ca. 90 % unter dem Durchschnitt der Gemeinden über 100.000 Einwohner: Um wie viel Prozentpunkte liegen wir derzeit über bzw. unter dem Durchschnitts-Hebesatz der Gemeinden über 100.000 Einwohner?

Zur 2. Frage von Herrn Ziffus antwortet Herr Kotulla, dass es nach dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik in der Größenordnung nur Staffelungen ab 60.000 Einwohner. Hier liegt die Stadt Bergisch Gladbach 10 % über dem Landesdurchschnitt. Dieser Hebsatz wurde bekanntlich im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes angehoben.

Die Antwort zu Frage 1 von Herrn Ziffus wird schriftlich beantwortet.

Für Herrn Ziffus ist seine 2. Frage mit den Ausführungen von Herrn Kotulla nicht beantwortet. Er besteht daher auf einer schriftlichen Beantwortung dieser Frage.

Herr Orth:

Heute war in der Zeitung zu lesen, dass der Vertrag über das Nießbrauchmodell abgeschlossen wurde. Es wird davon ausgegangen, dass das Rechnungsprüfungsamt hiergegen keine Bedenken hatte. Ist es möglich, dass der Finanz- und Liegenschaftsausschuss über das endgültige Verhandlungsergebnis (insbesondere wie zu verstehen ist, dass dieses Modell ca. 8.700 € pro Jahr günstiger ist als bei einer herkömmlichen Finanzierung) informiert wird?

Herr Kotulla sichert eine entsprechende Mitteilungsvorlage für den Finanz- und Liegenschaftsausschuss zu.

Dr. Fischer:

1. Es wird zur Zeit das Gelände des ehemaligen Sportplatzes Kradepohl überplant. Macht es eventuell Sinn, hier einen Architektenwettbewerb durchführen zu lassen, um Ideen zu haben, wie dies optimal gestaltet werden kann?
2. Aus Zeitungsberichten ist zu erfahren, dass in anderen Städten - insbesondere bei Behörden - das „Car-Sharing“ gut ankommt. Betreibt die Stadt Bergisch Gladbach „Car-Sharing“ in ihrer Verwaltung?
Wenn nein, ist es angedacht, dies zu machen, um Kosten bei Dienstwagen und Dienstfahrten zu sparen?

Frau Schöttler-Fuchs:

Wie hoch sind die Kosten, welche die Stadt an die Veranstaltungsfirma des letzten Stadtfestes zu zahlen hat und wie hoch ist der Gewinn, den der Veranstalter erzielt hat?

Dr. Kassner:

Es gibt eine Verpflichtung, im Bebauungsplangebiet der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne einen Kunstrasenplatz zu bauen. Es gibt hierzu widersprüchliche Mitteilungen der Verwaltung, bis wann dies zu geschehen hat. Ist es möglich, dass dies - insbesondere im Hinblick auf die Überplanung des ehemaligen Sportplatzes Kradepohl - eindeutig klargestellt werden kann?

Herr Freese bittet die Verwaltung, die Antwort zu dieser Frage allen Fraktionen gleichzeitig zukommen zu lassen.

Auf die 1. Frage von Herrn Dr. Fischer erläutert Frau Müller-Veit, wieso die Verwaltung es nicht für sinnvoll hält, einen Architektenwettbewerb durchzuführen.

Zum Thema „Kunstrasenplatz“ verweist Herr Kotulla auf die beschlossene Finanz- und Investitionsplanung, in der dieser Platz enthalten ist. Ob dieses aber unter den derzeitigen Haushaltsbedingungen noch aufrechterhalten werden kann, muss abgewartet werden. Zu den Terminen und Fristen –insbesondere evtl. Rückzahlungsfristen aus dem Folgelastenvertrag und für den verbilligten Kaufpreis oder dergleichen- sichert er eine schriftliche Antwort zu.

Herr Freese:

Anlässlich des Stadtfestes vermietet die Stadt an den Einzelhandelsverband städtische Flächen zu einer in einer Satzung festgelegten Gebühr. Der Einzelhandelsverband wiederum beauftragt einen Veranstalter mit der Durchführung dieses Festes. Er hat gehört, dass Gladbacher Firmen an den Rand dieser Veranstaltung gedrängt wurden. Weiterhin hat er festgestellt, dass das Bühnenprogramm recht dürftig gewesen ist. Ist es möglich, dass die Stadt zukünftig dieses Stadtfest selbst organisiert und selber als Veranstalter auftritt?

Da keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Ausschussvorsitzende, Herr Freese, um 18:06 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. [<-@](#)